Auf der Karte zeigen Margot und Dietrich Weichler der Vorsitzenden des Landesverbandes Susanne Kirchhof (rechts) den Abstand zwischen ihrem Haus und dem Windpark. ECKHARDT

Windkraft-Gegner wollen 25 000 Bürger mobilisieren

Verein setzt sich für Unterschriftenaktion ein ehrgeiziges Ziel / Grüne halten Forderungen für überzogen

NORTORF Das Thema Windkraft bewegt weiterhin die Menschen im Amt Nortorfer Land. Die Stimmung nutzte jetzt auch der Verein „Gegenwind", um Unterschriften für eine Bürgerinitiative in Nortorf zu sammeln. Grund für die Aktion war die enorme Beteiligung an den vergangenen Einwohnerversammlungen in Nortorf und den Nachbargemeinden, die sich mit der Problematik der Regionalpläne beschäftigten.

„Zum einen geht es um den Abstand von Wohnhäusern zu den geplanten Windkraftwerken und zum anderen um die Durchsetzung des Bürgerwillens bei der Planung Wind", erklärte die Vorsitzende des Landesverbandes, Susanne Kirchhof. Zurzeit vereine Gegenwind SH rund 300 Einzelpersonen und Initiativen, die sich seit Jahren gegen den forcierten Ausbau von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein einsetzen. „Wir wollen aufzeigen, dass unsere Natur und Umwelt zu wertvoll sind, um sie durch sinnlose Windkraftindustrie und andere, durch das EEG befeuerte Maßnahmen, zu zerstören", so Kirchhof.

Um sie erfolgreich einbringen zu können, müssten pro Initiative 20 000 gültige Unterschriften vorliegen. „Da wir davon ausgehen müssen, dass nicht alle gültige Angaben dabei machen, ist unser Ziel 25 000 Unterschriften pro Initiative", fügte die Vorsitzende des Landesverbandes an. Gut 14 000 habe man bereits sammeln können. Schwerpunkte bilden dabei die Informationsstände, die entweder in landesweiten oder regionalen Aktionen vor Ort Präsenz zeigen. Etwa 200 Unterschriften sammelten die Windkraft-Gegner bei der jüngsten Aktion in Nortorf. Zu den Unterstützern der Unterschriftenaktion gehörten auch Margot und Dietrich Weichler. „Wenn ich etwas unlogisch finde, muss ich mich auch dagegen einsetzen", sagte Dietrich Weichler, der mittlerweile selbst von der Problematik betroffen ist. Im südlichen Teil Nortorfs wohnend, könne auch er in ruhigen Nächten das Surren des Schülper Windkraftparks

> *„Unser schönes Land wird demoliert."*
>
> **Dietrich Weichler**
> Windkraft-Kritiker

hören. „Und das sind noch kleine Windkrafträder", sagte Weichler. Die geplanten zusätzlichen Windkraftanlagen sehe er nicht nur als Gefahr für die Vogel- und Tierwelt, sondern ebenfalls als negativen Faktor für den Tourismus.

Auch bei den Nortorfer Parteien stoßen die Pläne auf Kritik, nicht zuletzt deshalb wurde ein Planungsbüro mit der Überprüfung der Pläne beauftragt, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Willi Gronewald. Zwar haben die Kommunalpolitiker wenig Möglichkeiten, gegen die Landesplanung vorzugehen, dennoch sollten die Menschen, die betroffen seien, so wenig wie möglich belastet werden, sagte er. Es müsse ein Kompromiss zwischen Höhe der Anlagen, Abstand zu Häusern und der Wirtschaftlichkeit geben. Besonders kritisch sieht der Nortorfer CDU-Chef und Kreistagsabgeordnete Torben Ackermann die momentanen Bestrebungen. Der Strom müsse erst zuverlässig weitergeleitet werden, bevor ein Ausbau vorangetrieben werde. Aber er könne das Ansinnen verstehen, wenn der Druck eines ganzen Industriezweigs dahinter stehe. Eine sinnvolle Alternative sehe der CDU-Politiker im Offshore-Ausbau.

FDP-Fraktionsvorsitzende Anja Krüger hält die vom Verein Gegenwind geforderte Regelung „10H" für sinnvoll. Neue Windkraftanlagen müssten das Zehnfache ihrer Höhe als Abstand zu Wohnbebauung einhalten. Es falle zudem auf, dass die neue Planung sehr konzentriert um Nortorf herum angesiedelt sei und so kein Platz für eine weitere Entwicklung bleibe. Krüger forderte zudem, dass die Städte und Gemeinden wieder ein Mitspracherecht bei dem Bau neuer Anlagen bekämen.

Eine andere Sicht der Dinge hat die Fraktionsvorsitzende der Nortorfer Grünen, Angelika Bretschneider. Die 10H-Forderung sei für Schleswig-Holstein überzogen. Würde sie umgesetzt, bliebe nur ein Bruchteil der Fläche für Windenergie übrig. Betreiber seien sogar dazu gezwungen, Anlagen wieder abzubauen. Trotzdem sehe sie mit einer Stellungnahme zur Höhe, eine der Stellschrauben, an denen die Gemeinden drehen könnten. Nortorf habe angesichts der aktuellen Planung allerdings wenig Möglichkeiten, schließlich seien fast alle neuen Anlagen auf dem Boden anderer Gemeinden geplant. *mtk/ke*